

(Hg.), *Begegnung und Vermittlung*, Gedenkschrift für I. Röbbelen, Dortmund 1972, S. 37 ff.

²⁸ Peter L. Berger, Thomas Luckmann, *Secularization and Pluralism*, Int. Jahrbuch f. Rel. soz., Köln/Opladen 1966, S. 73 ff.; dies., *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt/M. 1969, 1972

²⁹ Trutz Rendtorff, *Zur Säkularisierungsproblematik. Über die Weiterentwicklung der Kirchensoziologie zur Religionssoziologie*, in: Int. Jahrbuch f. Rel. soz., Köln/Opladen 1966, S. 51 ff., 67 f.

³⁰ Karl-W. Dahm, *Religiöse Kommunikation und kirchliche Institution*, in: K. W. Dahm, N. Luhmann, D. Stoodt, *Religion — System und Sozialisation*, Darmstadt/Neuwied 1972, vgl. auch die Phänomene „neutralisierter Religion“, beschrieben durch D. Stoodt (ebd.)

³¹ L. Schneider, M. Dornbusch, *Popular religion: Inspirational Books in America*, Chicago 1958

³² Danièle Hervieu-Léger, in: *Concilium*, Mai 1973, S. 319, mit Bezug auf Jean Guichard, *Eglise. Lutttes de classes et Stratégies Politique*, Paris 1972

³³ Jürgen Moltmann, *Theologische Kritik der politischen Religion*, in: J. B. Metz, J. Moltmann, W. Oelmüller, *Kirche im Prozeß der Aufklärung*, München/Mainz 1970

³⁴ Martinus J. Langeveld, *Das Kind und der Glaube*, Braunschweig 1959, S. 43

³⁵ Vgl. die Beschlüsse der Synode der EKD vom November 1971 in Frankfurt/M., abgedruckt in: *Die Evangelische Kirche und die Bildungsplanung. Eine Dokumentation*, hg. von der Kirchenkanzlei der EKD, Gütersloh/Heidelberg 1972

Basisökumene auf der Kriechspur

VON OTMAR SCHULZ

Es wird nicht ganz leicht sein, die gegenwärtige Position und Fahrtrichtung der Basisökumene einigermaßen zutreffend festzuhalten. Sie ist zu vielgestaltig und zu unstet in ihrer Entwicklung. Mal hat man den Eindruck, jetzt geht es mit Siebenmeilenstiefeln voran, so vor allem in den Jahren 1966 bis 1969, als es für alle emanzipatorischen Bestrebungen einen günstigen Aufwind gab — und die ökumenische Bewegung ist sicher in vielerlei Hinsicht eine emanzipatorische Bestrebung. Doch als dieser Aufwind abflaute, entpuppte sich auch die Fortbewegungsart der Basisökumene eher als Echternacher Springprozession, wobei nicht immer ganz klar war, ob die Schritte rückwärts nicht doch größer waren als die vorwärts. Wenn man aber schließlich sehr sorgsam abwägt, dann muß man doch sagen: es geht trotz allem voran mit der Basisökumene und wäre es nur auf der Kriechspur, damit schnellere Bewegungen ungehindert überholen können. Soviel ist sicher: Visser 't Hooft könnte heute nicht mehr behaupten,

die ökumenische Bewegung sei eine Armee von Offizieren ohne Soldaten. Zwar ist die Zahl der Informierten und Engagierten, die Zahl der Aktiven und beständig Arbeitenden immer noch gering, aber die Zahl der Sympathisanten ist gewachsen. Von welchem Standpunkt aus man die ökumenische Bewegung auch immer sieht, über eines muß man sich dauernd neu klar werden: die Christen bilden nun mal eine täglich kleiner werdende Minderheit (die Bundesrepublik macht hier keine Ausnahme), und in dieser Minderheit bilden diejenigen, die sich mit ökumenischen Fragen befassen und die versuchen, die Basisökumene voranzutreiben, wieder eine Minderheit. Umfragen wie die in Hessen¹ haben gezeigt, wie wenige Pfarrer und wie wenige Kirchenglieder sich mit der Zusammenarbeit der Christen befassen. Sie scheinen ganz andere Sorgen zu haben, die sich vor allem auf das schlechthinige Überleben der Kirche konzentrieren.

Ein ganz erheblicher Faktor für das langsame Vorankommen der ökumenischen Bewegung liegt in dem Anspruch des ökumenischen Gedankens an sich. Die ökumenische Bewegung brachte nämlich die Notwendigkeit des Umdenkens, der „Bekehrung“ mit sich. Nicht mehr die eigene Konfession sollte im Mittelpunkt des Denkens und Handelns stehen, sondern die eine Kirche Jesu Christi; es ging außerdem nicht mehr nur darum, Gottes Reich in den Kirchen zu entdecken, sondern seinen Spuren in der Welt zu folgen. Dieses Umdenken aber ist sehr schwer, es braucht Zeit, viel Zeit vor allem, wenn eine ganze Gruppe umdenken soll. Wie schwierig es ist, eine Gruppe zum Lernen oder gar zum Umlernen zu motivieren, erfahren die Pädagogen unter uns ständig. Eine Karawane ist bekanntlich so schnell wie das langsamste Kamel in ihrer Mitte. Das gilt genauso für den schwierigen Prozeß der Meinungs- und Bewußtseinsänderung in der Gruppe. Und was wären die Kirchen anderes als Gruppen in diesem Sinne. Wunder geschehen in diesem Bereich höchst selten. Es war daher also äußerst unrealistisch, als die ökumenischen Väter, die von der Vision einer geeinten Kirche befallen waren, meinten, dieses Wunder müßte noch in ihrer Generation geschehen.

Andererseits verbietet die Einsicht in psychologische, pädagogische und soziologische Komponenten dieses „Bekehrungsprozesses“ aber auch jede Resignation. Wenn man die hier zugänglichen Einsichten ernst nimmt, dann kann man nur sagen: es ist nicht die ökumenische Bewegung, es ist nicht die Basisökumene, die sich in einer Krise befindet. In einer Krise befinden sich nur diejenigen Vorreiter der ökumenischen Idee, die darauf vertrauten, daß sich ihr eigenes Tempo auf ihre jeweilige konfessionelle Karawane übertragen ließe. Diese Vorreiter

¹ „Ökumene in der Gemeinde. Eine Untersuchung zur evangelisch-katholischen Zusammenarbeit im Auftrag des Limburger Kreises“, herausgegeben von Karl-Wilhelm Dahm und Hermann De Bruin, München 1971.

waren stets die besser Informierten, die Spezialisten auf dem ökumenischen Sektor. Sie sahen, was sich international tat, sie erkannten die ökumenischen Chancen und Probleme aufgrund ihrer weltweiten Beziehungen früher als die Leute, die sich an der Basis mit tausend Dingen zu beschäftigen haben, unter denen die ökumenischen Angelegenheiten mitnichten immer Priorität genießen. Die Hoffnung dieser Vorreiter also hat sich nicht erfüllt, ja sie konnte sich nicht erfüllen, weil sie von vornherein unrealistisch war. Die Kirchen brauchen sehr viel Zeit für den ökumenischen „Bekehrungs“- und Erneuerungsprozeß. Das Bedrückende daran ist, daß sie um der Nöte der Welt willen diese Zeit eigentlich gar nicht haben. Rasches gemeinsames Handeln wäre in vielen Fällen erforderlich, ist aber nicht möglich, weil der Bewußtseinsstand der Christen und Kirchen, die zu beteiligen wären, so unterschiedlich ist. Sie sind zu asynchron, als daß sie gemeinsam zu agieren vermöchten. Die Einsicht in diesen Tatbestand meine ich, müßte auch die Engagiertesten vor der Resignation bewahren.

Selbstverständlich müßten die kirchenleitenden Gremien aufgrund des für sie einfach zu postulierenden Informationsvorsprungs gegenüber der Basis eine stärker führende und leitende Rolle im Bewußtseinsänderungsprozeß wahrnehmen. Doch meistens sind auch diese Gremien und ihre Vertreter mit ihrer Erfahrungskapazität nicht viel weiter als die Leute an der Basis, denn Informationen allein erleichtern das Umdenken noch nicht, und zum ändern sind ihre Entscheidungen ja erst dann voll wirksam, wenn sie von einem breiten Konsens der (praktizierenden) Kirchenglieder getragen sind. Von daher also ist das Schnecken-tempo der Basisökumene, ja der ökumenischen Bewegung überhaupt wenig verwunderlich. Zu fordern wäre in diesem Zusammenhang jedoch, daß die ökumenische Avantgarde all ihren Einfluß nutzen müßte, um eine bessere publizistische und pädagogische Aufbereitung ökumenischer Anstöße ganz gleich, ob sie von den ökumenischen Konferenzen oder von den Zentralen in Genf, Frankfurt oder sonstwo kommen, zu ermöglichen. Hier sind die Journalisten zu oft allein gelassen worden, und es ist ihrem Geschick zu verdanken, daß ökumenische Gedanken überhaupt so weit verbreitet sind, wie sie es sind. Es brauchten eigentlich für eine ganze Zeit keinerlei ökumenische Konferenzen mehr stattzufinden, wenn man nur das, was in den vergangenen zwanzig Jahren erarbeitet worden ist, so aufbereiten würde, daß es an der Basis und von den leitenden Gremien wirklich rezipiert werden könnte, und wenn alle vergangenen Anstöße wirklich aufgenommen und in das Leben der Kirche übertragen würden. Dann dürfte sich sehr bald ein reges ökumenisches Miteinander entfalten, denn wie Hans-Gernot Jung in der Arbeitsgruppe Ökumene auf dem Kirchentag in Düsseldorf im Juli letzten Jahres sehr richtig gesagt hat: „Die Zeit ist reif für ein ökumenisches Gemeindeleben... Es fällt heute schwer im kirchlichen Leben auch nur einen Vorgang zu finden, der nicht nach gemeinsamer Gestaltung

durch die Christen an einem Ort verlangte.“ („Ökumene am Ort“, Nr. 7/8 1973, S. 42).

Einige weitere Beobachtungen sollen die Anmerkungen zum Tempo der ökumenischen Entwicklung abrunden. Immer neu muß man z. B. in Rechnung stellen, was D. A. Seeber in der Herder Korrespondenz vom Juli dieses Jahres so gesagt hat — womit oben bereits gemachte Aussagen unterstrichen werden: „Gerade in ökumenischen Fragen haben wir katholischerseits zum Lamentieren wenig Anlaß, vielmehr einigen Grund zur Geduld mit uns selber; denn weder lassen sich 400 oder 900 Jahre Kirchenspaltung in einem Jahrzehnt überwinden, noch läßt sich das bis ins Konzil hinein wirksame ‚naïve‘ Verständnis von Wiedervereinigung, nach dem sich nach gewonnener besserer Einsicht nur alle Christen um den einen Hirten zu versammeln hätten, in wenigen Jahren in allen Schichten und Rängen des Kirchenvolkes und der Hierarchie ausrotten und durch ein von allen akzeptiertes ausgewogenes, den anderen Kirchen gerechter werdendes Verständnis ersetzen“ (HK 7/Juli 1973, S. 319). Andererseits — und auch das wurde schon angedeutet — stehen wir mit der ökumenischen Entwicklung unter Zeitdruck, denn der Eindruck verdichtet sich immer mehr, daß es mit der Frage nach der ökumenischen Bewegung um die Frage nach der Zukunft der Kirche überhaupt geht. Stellvertretend für viele sei hier eine Äußerung von H. Fries wiedergegeben, der gesagt hat: „Die Zukunft der Kirche — das ist kein billiges Schlagwort — heißt menschlich gesprochen: *eine Kirche oder keine Kirche*“ („Christ in der Gegenwart“ Nr. 8 vom 25. 2. 1973). Darum müßte es eigentlich außer Frage stehen, daß alle Bestrebungen, die auf diese eine Kirche ausgerichtet sind, unter Hintanstellung aller berechtigten und unberechtigten Ängste und Befürchtungen zu unterstützen sind.

Basisökumene — Versuch einer Bestandsaufnahme

Der Begriff der „Ökumene am Ort“ ist gleichsam zu einem Zauberwort geworden. Wenn es auf allen anderen Ebenen ökumenischer Zusammenarbeit — zwischen den Kirchenleitungen, den Vertretern der Kirchen im ökumenischen Geschäft auf nationaler und internationaler Ebene — auch kriselt, am Ort oder „vor Ort“ — wie Richard von Weizsäcker kürzlich sagte — muß die Zusammenarbeit doch funktionieren. Das meinen jedenfalls viele, vor allem natürlich jene, die nicht selbst „vor Ort“ tätig sind. Doch die Ökumene am Ort ist immer wieder von großen und kleinen ökumenischen Konferenzen als das Ziel aller Bestrebungen beschrieben worden, so zuletzt u. a. von der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland (am 11. 1. 1973). Dort heißt es, das Ziel aller ökumenischen Bestrebungen sei „die Verbindung aller Christen an jedem Ort“. Wörtlich heißt es in der Erklärung weiter: „Der jetzige Stand der Zusammenarbeit der beiden großen Kirchen darf nicht das Ende unserer

ökumenischen Bestrebungen sein. . . Die Zusammenarbeit in einer alle verpflichtenden Gemeinschaft kann erst verwirklicht werden, wenn sie auch die Christen der Freikirchen, alle übrigen Kirchen und Gemeinschaften mit einbezieht. Dabei übersehen wir nicht die Hindernisse, die einem solchen Ziel noch entgegenstehen. ‚Ökumene am Ort‘ hat es mit der jeweiligen Lage in den Gemeinden zu tun. Die Schwierigkeiten sind hier nicht nur theologisch, sondern oft auch psychologisch begründet. Noch immer erschweren Vorurteile den unbefangenen Umgang miteinander; nicht selten herrscht die Sorge vor einer Änderung des gewohnten kirchlichen Lebensstiles“ („Ökumenische Mitteilungen“ Nr. 32/ Juli 1973, S. 22). Gerade aus den letzten Worten klingt eine wesentliche Einsicht: die Identitätskrise der Kirchen schlägt auf die Ortsebene durch! Die Ökumene am Ort ist selbstverständlich betroffen von den wachsenden Spannungen innerhalb der verschiedenen Konfessionen, und diese Spannungen und die daraus resultierenden Unsicherheiten und Befürchtungen verlangsamen das ökumenische Tempo erheblich. Diese Spannungen und die mit ihnen gegebenen neuen Spaltungstendenzen werden in den nächsten Jahren eher zu- als abnehmen, und die Konsequenzen für die ökumenische Zusammenarbeit sind keineswegs absehbar. Gegenwärtig sieht es so aus, daß mindestens die „progressiven“ Vertreter aus den verschiedenen Kirchen die Konfessionsgrenzen relativ mühelos überspringen und mit den entsprechenden Partnern aus den anderen Kirchen leicht und gern im Erziehungsbereich, im Sozialbereich und im politischen Bereich zusammenarbeiten. In Bürgerinitiativen, in Gruppen von Amnesty International, in Arbeitsgruppen für die Dritte Welt wird eben nicht nach der Konfession gefragt. Hier geht es vielmehr darum, daß Christen — und es sind sehr viele Christen in diesen Gruppen, soweit sie sie nicht selbst gar gegründet haben — dem Anspruch ihres Herrn folgen und sich für Sprach- und Machtlose einsetzen. Ja, eigentlich scheinen die theologischen Gründe für eine Beibehaltung der Konfessionsgrenzen mitunter eher vordergründige Begründungen zu sein, hinter denen sich weit menschlichere Gründe verbergen. Ob nicht vielleicht doch Ernst Lange den Nagel auf den Kopf trifft, wenn er schreibt: „Der tiefste Riß trennt die Träumer von den Rechnern, die Bestandwahrer von den Neuerern, die Ordnungsliebenden von den Freiheitsliebenden. Und das ist ein Riß, der durch jede Konfession, jede Kirche, jede Gemeinde, überhaupt jede menschliche Gruppierung verläuft“ (in „Die ökumenische Utopie oder Was bewegt die ökumenische Bewegung?“, Stuttgart/Berlin 1972, S. 21). Damit ist wieder auf die anthropologische und die soziokulturelle Komponente angespielt, die so oft großzügig übersehen worden ist. Aber auch in der Ökumene am Ort führt kein Weg an diesen Gesetzmäßigkeiten vorbei. Dazu gehört dann z. B. auch, daß Bestrebungen auf der Ebene des Ökumenischen Rates auf der Ebene der Ortsgemeinde nachvollziehbar sein müssen, um in ihrer Richtigkeit und Gültigkeit

erkannt zu werden. Man kann also z. B. kein Programm zur Bekämpfung des Rassismus beschließen, das in Australien wie in Latein-Amerika und im südlichen Afrika Geltung haben soll, ohne den Christen in der Bundesrepublik, in Großbritannien und Skandinavien erfahrbar und nachvollziehbar zu machen, worum es hier im Grunde geht. Es muß erfahrbar werden, daß Minderheiten oder wie im Fall Südafrikas machtlose Mehrheiten grundlegender Menschenrechte beraubt werden. Die Unterdrückungsstrukturen, die in jenen Gegenden der Welt vorherrschen, müßten als die gleichen Unterdrückungsstrukturen entlarvt werden, die es bei uns eben auch gibt. Nur wer Unterdrückung selbst erfährt und die Zusammenhänge eigener Diskriminierung sehen lernt, begreift den Sinn eines Unternehmens wie des Programms zur Bekämpfung des Rassismus. Nur wer ein Gespür entwickelt für Machtanwendung ganz gleich, ob er selbst Macht ausübt oder ob ihm gegenüber Macht wahrgenommen wird, kann das Stichwort von der Umverteilung der Macht begreifen lernen. Nur wer Verheißungen und Hoffnungen ökumenischer Zusammenarbeit in einer Gruppe von Christen aus verschiedenen Kirchen selbst erlebt (samt ihren Nöten und Schwierigkeiten!), begreift die Notwendigkeit größerer ökumenischer Zusammenschlüsse und wird sich für sie einsetzen.

Hand in Hand mit diesen eher anthropologischen Einsichten geht der theologische Tatbestand, den Abt. Dr. Athanasius Polag kürzlich zutreffend folgendermaßen beschrieben hat: „Es ist ein Tatbestand, daß wir verschiedene christliche Gemeinschaften an einem Ort haben, die sich in unterschiedlichem Grad voneinander absondern. Eine Mehrzahl von Gemeinden und eine Verschiedenheit in der Ausprägung des Christentums ist vom Vorbild der Urkirche her durchaus zu verantworten. Fraglich ist der Grad der Absonderung. Wenn die Absonderung vom ‚Ziel‘ der betreffenden Gemeinde her nicht begründet werden kann, muß man versuchen, sie zu überwinden. Das Ziel der Gemeinde wurde oben schon beschrieben: das Leben in Christus. In dem Bemühen um dieses Ziel muß es zwischen den Gemeinden einen Austausch von Wissen und Erfahrung und gemeinsames Handeln geben. Unumgänglich ist diese Verbindung auf dem Gebiet des Grundbekenntnisses (Gottesglauben im christologischen trinitarischen Bekenntnis) und der Grundethik (für andere da sein; Weitergabe der Barmherzigkeit Gottes). Die Durchführung ist abhängig von den Möglichkeiten der beteiligten Christen (im soziologischen, psychologischen und kulturellen Sinn). In diesem Zusammenhang ist auch die Verantwortung der betreffenden Gemeindeleitung zu sehen: die Gemeindeleitung muß versuchen, die Möglichkeiten der Christen auszuschöpfen, zu erweitern; das Ausschöpfen erfordert eine gute Kenntnis der Verhältnisse, das Erweitern andererseits die Vermittlung von Kenntnissen und die Einübung von Verhaltensweisen“ (schriftliche Kurzfassung eines Referates über „Ökumene am Ort“ — gehalten bei einer Tagung in Herl,

Kreis Trier). Das Ziel einer solchen ökumenischen Arbeit am Ort ist sicher der umfassende Schalom der Menschen in einer Stadt, die „Versöhnung mit Gott“ und damit das Wohl des Gemeinwesens.

Basisökumene — Formen der Zusammenarbeit

1. Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr direkt benachbarten Gemeinden. Diese Art der Zusammenarbeit, die es auch in früheren Jahren selbstverständlich immer schon einmal gegeben hat, scheint nun aber beständig zuzunehmen: eine katholische und eine evangelische Gemeinde — deren Kirchen oder Gemeindezentren oft nur wenige Meter voneinander getrennt sind — beginnen einander zu „entdecken“. Hinzu kommen mitunter Gemeinden freikirchlicher Prägung, was jedoch aufgrund der Minderheitensituation dieses Gemeindetypus seltener ist. Hinzu kommt bei den Freikirchen als Hindernis, daß bei ihnen als Minderheit eine merkwürdige Mischung aus Mißtrauen den Großen gegenüber und einem guten Stück eigenen Selbst- und Sendungsbewußtseins vorliegt und daß die Mehrheit (die Landeskirchen) noch keine großen Fähigkeiten im Umgang mit Minderheiten entwickelt hat. Aber auch die Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Nachbargemeinden ist schwer genug.

Als Modelle für diese Art der Zusammenarbeit können etwa gelten:

a) Der „Ökumenische Beirat“, der in Alfeld aus der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde St. Nikolai und der römisch-katholischen Kirchengemeinde St. Marien gebildet worden ist und dem doch eine Reihe von Kompetenzen und Zuständigkeiten übertragen wurden (vorgestellt im Materialdienst der Ökumenischen Centrale Nr. 10/Juni 1973).

Ähnliche Beispiele sind aus einer Reihe von anderen Städten bekannt. Meist hat es damit angefangen, daß sich die Pfarrer besucht haben und dabei feststellten, daß es ja doch eigentlich eine Anzahl von Aufgaben gibt, die ihre Gemeinden gemeinsam wahrnehmen könnten. Bald hat man den Pfarrgemeinderat auf katholischer Seite und den Kirchenvorstand bzw. das Presbyterium auf evangelischer Seite hinzugezogen und hat so der Zusammenarbeit offiziellere Formen gegeben. Nicht selten waren es aber auch die Jugendgruppen der verschiedenen Gemeinden oder die Frauenkreise, von denen die Initiative ausgegangen ist. Bald kam man dahin, gemeinsame Gemeindebriefe herauszugeben (so in Hofheim, Marburg, Klarenthal, Frankfurt/M. und in vielen anderen Städten). In Frankfurt/M. erscheint z. B. schon seit Jahren ein Jahrbuch „Evangelisch — Katholisch — Freikirchlich“, das in diesem Jahr immerhin 156 Seiten stark ist und sämtliche wünschenswerten Informationen über alle Frankfurter Kirchen enthält. Jugendpfarrämter geben ihre Informationsschriften gemeinsam heraus, veranstalten evangelisch-katholische Jugentage. Vielerorts werden „ökumenische Wochen“ durchgeführt, sei es in Form von Bibelwochen

(vorbildlich etwa in Bad Homburg v.d.H.), sei es in Form von Vortragswochen wie in Oberhausen und Köln. Meistens wird auch die Telefonseelsorge ökumenisch gestaltet, so z. B. in Regensburg, wo man mit 60 bis 80 Mitarbeitern im „Schichtdienst“ rund um die Uhr tätig ist, wo man die Mitarbeiter gemeinsam schult usw. Bekanntgeworden sind die gemeinsamen Beratungsstellen, die für alle offen sind, wie z. B. in der B-Ebene der Frankfurter Hauptwache oder die sich auf eine Arbeit spezialisiert haben, wie die Beratungsstelle für Drogenabhängige in Wiesbaden. Die gemeinsamen Schulgottesdienste, die gemeinsamen Alten- und Jugendclubs, Erwachsenenbildungsstätten usw. vermag man schon gar nicht mehr aufzuzählen.

b) Eine recht interessante Variante dieser Zusammenarbeit zwischen zwei oder drei Nachbargemeinden ist die „Aktion Gemeinsam e. V.“ in Neuss. In Neuss-Weißenberg, einem Neubaugebiet, wohnen 8000 Menschen, davon sind 60% katholisch und 40% evangelisch. Die Bevölkerung besteht zum größten Teil aus Arbeiterfamilien, davon sind überdurchschnittlich viele junge und kinderreiche Familien. Durch drei städtische Notunterkünfte und durch die Ansiedlung von Bewohnern aus ehemaligen Notunterkünften anderer Stadtgebiete waren und sind die sozialen Probleme in diesem Neubaugebiet besonders gravierend. Es lag nahe, daß sich die beiden Kirchen gemeinsam um die Unterstützung von Hilfsbedürftigen kümmern mußten, um Beratung und Kontakt mit den für soziale Fragen zuständigen Dienststellen der Stadt und der Freien Wohlfahrtsverbände und daß sie Freizeitgruppen für Kinder und Jugendliche anbieten mußten. Schon bald verfaßte man ein gemeinsames Begrüßungsschreiben für die neu Zugezogenen und auch einen gemeinsamen Gemeindebrief. „Konfessionell gemischte Brautpaare wurden grundsätzlich zu einem Gespräch mit beiden Pfarrern angehalten“, heißt es wörtlich in der Information, die Pater Martien Jilesen in der Arbeitsgruppe „Ökumenisch leben“ beim Kirchentag in Düsseldorf gab. Das Neue an der Zusammenarbeit hier in Neuss war, daß man nicht bei der gelegentlichen Zusammenarbeit stehenblieb, sondern daß man sie institutionalisierte, und zwar aus drei Gründen

1. „damit sie nicht zu sehr abhängig ist von der zufälligen Besetzung der Pfarrstellen;
2. damit sie eine deutlichere Struktur nach innen bekommt;
3. damit die Arbeit nach außen hin einen offiziellen Status erhält“.

Also gründete man den Verein „Aktion Gemeinsam e. V.“. Der Verein hat gegenwärtig 80 Mitglieder. Zum Programm gehört die Freizeitarbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen genau wie ein wöchentlicher Frühschoppen, Erwachsenenbildungskurse (in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule), regelmäßige Tanzabende und „sonstige Geselligkeitsveranstaltungen“. Selbstverständlich gehören ökumenische Gottesdienste zum regelmäßigen Programm

mit gemeinsamer Vorbereitung und Nachbesprechung der Predigten. Auch werden gelegentlich die Prediger zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche ausgetauscht. Ein ökumenisches Wochenendseminar befaßte sich mit der Gottesfrage. Das Fazit aus der bisherigen Arbeit scheint wichtig genug zu sein, um es einmal ungekürzt wiederzugeben. So sagte Pater Jilesen vor dem Kirchentag: „Überblickt man die ökumenische Arbeit von 1967 bis heute, so kann man folgendes feststellen:

1. Die Entstehung und die Art der Zusammenarbeit wurde maßgeblich beeinflusst von dem guten persönlichen Verhältnis der beiden ersten Pfarrer und vom Engagement kleiner Gruppen aus beiden Gemeinden.

2. Die Probleme des Wohngebietes bestimmen weitgehend die Ökumene: die vielen außerschulischen Probleme der Kinder und Jugendlichen drängten uns förmlich, gemeinsam etwas für sie zu tun.

3. Durch die ‚Aktion Gemeinsam‘ ist die Ökumene nicht fest an die kirchlichen Gemeinden gebunden. Jeder kann freiwillig in ihr mitarbeiten und freiwillig sich wieder zurückziehen. Weder der jeweilige Pfarrer noch das Presbyterium oder der Pfarrgemeinderat müssen sich zu dieser ‚Bewegung‘ verpflichten. Andererseits wird diese Bewegung von ihrem Ziel her zwangsläufig von den engagierten Christen des Viertels getragen.

4. Die Arbeit ist trotz ihrer Institutionalisierung stark von der Person der jeweiligen Pfarrer abhängig. Der erste evangelische Pfarrer setzte sich in seiner Gemeindegemeinschaft sehr für die sozialen Probleme ein, sein Nachfolger legte den Schwerpunkt mehr auf den theologischen und innerkirchlichen Raum. Dadurch erfuhren die meisten Aktivitäten der ‚Aktion Gemeinsam‘, die außerhalb dieses Raumes lagen, von ihm weniger Unterstützung und waren hauptsächlich auf den Einsatz der Laien angewiesen.

5. Von den Kirchenleitungen empfangen wir keine besondere Unterstützung, aber auch keine Schwierigkeiten bis auf einen Fall. Der 3. ökumenische Gottesdienst, der am 3. Juni dieses Jahres stattfinden sollte, wurde kurzfristig vom Erzbischof von Köln, Kardinal Höffner, untersagt. Nach eiligen Überlegungen innerhalb der beiden Gemeinden beschlossen wir, auf die Abendmahlsfeier in dem schon vorbereiteten und bekanntgemachten Gottesdienst zu verzichten. Weitere Reaktionen und Schritte nach diesem ‚unverständlichen‘ und kurzfristigen Verbot werden in beiden Gemeinden noch überlegt.“

c) Eine besondere Art, die ökumenische Gemeinschaft von Nachbargemeinden zu institutionalisieren, die sicher vorläufig noch für recht wenige Gemeinden in Frage kommt, ist die Schaffung eines gemeinsamen Gemeindezentrums. Exemplarisch dafür könnten etwa sein das ökumenische Gemeindezentrum Marburg am Richtsberg oder auch das Zentrum in Hagen-Helfe oder das in Lüneburg-Kaltenmoor. Ein längerer Weg dürfte nötig sein, bevor man sich ent-

schließt, ein vorhandenes ökumenisches Verhältnis wirklich im wahrsten Sinne des Wortes zu „zementieren“. Immerhin wird hier ein sehr ernster Schritt dahin getan, die Gemeinsamkeit auch nach außen hin sichtbar werden zu lassen und so ein deutliches Zeugnis für die Einheit der Kirche Jesu Christi in einem Stadtteil aufzurichten.

2. Aus Gründen, die beinahe schon alle in dem Bericht von Martien Jilesen über das Neusser Projekt genannt worden sind, haben sich in vielen Städten auch Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen bzw. „Räte christlicher Kirchen und Gemeinden“ gebildet. Abgekürzt und vereinfacht werden sie meist „Christenräte“ genannt. Diese Christenräte sind getreue Abbilder ökumenischer Ratsstruktur, wie sie auf internationaler und nationaler Ebene besteht und wie sie in Deutschland vor allem seit 1966 von den regionalen Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen vorangetrieben worden ist. In einem überschaubaren Bereich (in Großstädten kann es durchaus mehrere Arbeitsgemeinschaften geben) haben sich evangelische, katholische und freikirchliche Gemeinden zusammengetan, um in Zukunft alles gemeinsam zu planen und durchzuführen, was nicht aus Gewissensgründen oder Gründen der Zweckmäßigkeit besser getrennt getan wird. Diese Christenräte haben sich als geeignete Instrumente zur Koordinierung der Arbeitsprogramme der verschiedenen Kirchen sowie als Träger jener Veranstaltungen bewährt, die schon unter 1. a) genannt worden sind. Eigentlich könnte man folgende Gemeinsamkeiten für alle Christenräte festhalten:

- a) Sie garantieren erwünschte Kontinuität (was besonders dann wichtig wird, wenn ökumenisch engagierte Theologen oder Nichttheologen, die die Arbeit bisher getragen haben, wegziehen, versetzt werden etc.).
- b) Sie versachlichen persönliche Beziehungen und machen sie damit eigentlich erst richtig effektiv.
- c) Sie legen die Grenzen der Arbeit nach „Basis, Inhalt, Ziel und Methode“ der zwischenkirchlichen Zusammenarbeit fest.
- d) Sie ermöglichen eine partnerschaftliche Beteiligung von Minderheiten.
- e) Sie ermöglichen und erleichtern gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit, so z. B. Stellungnahmen zu kirchlichen und politischen Fragen der Kommune sowie praktische Aktionen.
- f) Sie bieten eine Plattform für den Meinungsaustausch, für das theologische Gespräch zwischen *allen* Kirchen einer Stadt oder eines bestimmten Wohngebietes.

Wichtig ist, daß sich der Arbeitsgemeinschaftscharakter nicht in einem theologischen Oberseminardasein erschöpft, wo Fragen der Eucharistie, der konfessionell verschiedenen Ehe usw. bis zur Erschöpfung und doch nie erschöpfend behandelt werden, sondern daß es zum Zeugnis, zum öffentlichen Bekennen der

christlichen Hoffnung in Dienst und Wort kommt, zu Stellungnahmen, zu Aktionen — auch zu riskanten Stellungnahmen und mutigen Aktionen, zur Parteinahme um des Evangeliums willen.

Wenn Christenräte nun mehr leisten sollen als die Koordinierung und Abstimmung von Arbeitsvorhaben der verschiedenen Kirchen, wenn sie eigene Programme auf dem Sektor „Zeugnis“ und „Dienst“ entwickeln sollen, dann brauchen sie allerdings eine eindeutige Legitimation und Beauftragung, als es in den meisten bisherigen Christenräten der Fall ist, dann brauchen sie klar umrissene Kompetenzen und die zur Durchführung ihrer Programme nötigen finanziellen Mittel. Wo diese Forderungen noch unerfüllbar scheinen, tut man wahrscheinlich gut daran, sich mit einem eingetragenen Verein zu helfen, wie ihn die Neusser „Aktion Gemeinsam e. V.“ geschaffen hat. Denn — das bleibt festzuhalten — zwischenkirchliche Gremien sind ja nicht um ihrer selbst willen da, ihre Existenz ist nicht schon an sich sinnvoll, sondern sie sollen den Kirchen helfen, ihr Zeugnis gemeinsam wirkungsvoller in ihrer Umwelt und für diese Umwelt, für die Befreiung und die Gemeinschaft der Mitmenschen, auszurichten. Sie sind vorläufige Schritte auf dem Weg zu einer größeren Gemeinschaft der Kirchen und Werkzeuge zur wirksameren Wahrnehmung ihres Sendungsauftrages. Wo ihnen jedoch Zuständigkeiten und Mittel vorenthalten werden, wo ihnen keine wichtigen eigenständigen Aufgaben übertragen werden, da sind sie mitunter nichts anderes als Feigenblätter vor den Blößen ökumenischer Phantasielosigkeit, unverbindliche Gesprächskreise mit institutionalisierter Langeweile.

3. a) Eine dritte wichtige Form der ökumenischen Zusammenarbeit am Ort verwirklicht sich in den Studienkreisen und Aktionsgruppen, den „freien“ ökumenischen Kreisen, die ein unterschiedliches Verhältnis zur „offiziellen“ Kirche haben. Die Studienkreise, nicht selten in Verbindung mit der Ökumenischen Gebetswoche entstanden, sind zumeist von den Theologen der am Ort vertretenen Kirchen gebildet worden und haben sich durch die Bank mit den kontrovers-theologischen Loci beschäftigt. Sie haben in der Regel Kontakt mit dem Deutschen Ökumenischen Studienausschuß, nehmen Anregungen dieses Gremiums (das seinerseits eng mit der Abteilung für Glauben und Kirchenverfassung beim ÖRK in Genf zusammenarbeitet) auf und bilden so hierzulande die eigentliche Basis ökumenischer Studien- und Forschungsarbeit. Wirksame Unterstützung erfahren sie dabei von seiten der ökumenischen Institute an den Universitäten.

b) Dieser Theologenökumene stehen Zusammenschlüsse von Nichttheologen gegenüber, was nicht heißt, daß hier nicht auch gelegentlich Theologen mitarbeiten. Diese „freien“ Kreise sind zum Teil schon während des letzten Krieges oder kurz danach entstanden. Die alten UNA SANCTA-Kreise sind weitgehend in ihnen aufgegangen. In der Bundesrepublik dürfte es annähernd 300 solcher Kreise geben. Hier sind die Basisökumeniker der ersten Stunde versam-

melt, und nicht selten sind diese Kreise dementsprechend überaltert; zumindest wird man sagen können, daß in ihnen keine ökumenischen Heißsporne und Einheitsphantasten ihr Wesen treiben, sondern Christen, die seit Jahren um eine größere Gemeinschaft unter den Kirchen ringen, oft genug im Nahkampf mit ihren Kirchenleitungen. Auch sie haben seit langem alle relevanten „klassischen“ Streitfragen um Interkommunion, Mischehe, Sonntagspflicht usw. auf ihren Agenden. Enttäuschungen und Rückschläge gehören dabei ebenso zu ihrem Täglichbrot wie gelungene ökumenische Veranstaltungen, Freude über das Zusammenrücken der getrennten Schwestern und Brüder. Seit 1969 arbeiten sie in der „Arbeitsgemeinschaft Ökumenischer Kreise (AÖK)“ zusammen. Für viele von ihnen ging mit dem Ökumenischen Pfingsttreffen 1971 in Augsburg ein Traum in Erfüllung, und sie waren es auch, die 1973 beim Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf das Gros der Besucher der Arbeitsgruppe „Ökumenisch leben“ gebildet haben. Erschreckt haben hier allerdings einige von ihnen festgestellt, daß diese Gruppe nicht nur die kleinste, sondern in ihrer Altersstruktur auch die „älteste“ Gruppe des Kirchentags gewesen ist. Diejenigen Gruppen scheinen gut beraten gewesen zu sein, die einsahen, daß die geschichtliche Stunde dieser Art der „freien“ Zusammenarbeit vorüber ist, und die die Arbeit ihrer Gruppen eingebracht haben in die Arbeit der Christenräte. Das war um so nötiger, als sich diese Gruppen fast ausschließlich aus Mitgliedern der katholischen und evangelischen „Kerngemeinden“ rekrutiert hatten, denen binnenkirchliche Themen mehr am Herzen lagen als die sozialen und politischen Fragen ihrer Umwelt (Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel!).

c) Die Arbeit dieser „freien“ Kreise wurde in der jüngeren Generation im Grunde übernommen von den lokalen Gruppen der „action 365“, die sich seit Augsburg 1971 „ökumenische action 365“ nennt. Dieser ursprünglich von Pater Leppich ins Leben gerufene Zusammenschluß engagierter Katholiken (und vereinzelter Protestanten) mit eindeutig volksmissionarischer Stoßrichtung hat sich nach Augsburg in zwei Richtungen gespalten; eine Gruppe steht weiter zu Pater Leppich und seinen Zielen, die andere vertritt deutlich ökumenische Anliegen. Zwischen beiden Richtungen ist es inzwischen zu Absprachen und „gut-nachbarlichen“ Beziehungen gekommen. In der ökumenischen „action 365“ dürften gegenwärtig etwa 500 lokale Gruppen zusammengeschlossen sein. Ihre Mitarbeiter sind im Schnitt jünger, aktiver in ihrer Weltzuwendung als die der AÖK, dennoch entstammen auch sie den Kerngemeinden ihrer Herkunftskirchen, in denen sie nach wie vor mitarbeiten („Randsiedler“ als „ökumenisches Potential“ zu entdecken, wie Hans-Gernot Jung es auf dem Kirchentag angeregt hat, dürfte schwerlich möglich sein, wenn anders es bei „ökumenisch“ eben doch letztendlich um die Gemeinschaft der Kirchen geht). Die katholischen Mitarbeiter überwiegen in diesen Gruppen bei weitem, doch nimmt die Zahl der evange-

lischen langsam zu. Im Leitungsgremium hat man ein Zeichen gesetzt, indem man die evangelischen Partner paritätisch an der Leitung beteiligt hat.

Über Zielsetzung und Aufgaben schreibt die „action 365“ selbst:

„Die ökumenische Struktur und Praxis der ‚action 365‘ wird als selbstverständliche Voraussetzung für den Dialog und das gemeinsame Engagement mit den Menschen gesehen, die außerhalb der Kirchen stehen, weil sie ihnen entfremdet sind. Die Teams als kleine ‚Kerngemeinden‘ ermöglichen den persönlichen Austausch praktischer und geistlicher Erfahrung. Charakteristisch ist die Offenheit für jeden, der sich an den Aktionen für den Menschen im Auftrag des Evangeliums beteiligen will. Dabei reicht der Einsatz vom Dienst am alten und kranken Menschen über soziale und politische Zielsetzungen (Gastarbeiter, entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung durch Plakate, Schallplatten und Veranstaltungen) bis hin zu ökumenischen Aufgaben in den Gemeinden“ („Ökumene am Ort“, Nr. 6, Juni 1973, S. 23).

Ein Blick in die neue Arbeitsmappe der „action 365“ bestätigt vor allem das starke entwicklungspolitische Engagement, eine wichtige Akzentsetzung, wie sie ja auch in der Arbeit des ÖRK und seiner Mitgliedskirchen zu verzeichnen ist.

d) Und weil eben nicht nur das als ökumenisch zu betrachten ist, was sich mit den zwischenkirchlichen Verhältnissen befaßt, sondern auch oder vor allem mit der gemeinsamen Zuwendung von Christen (durchaus zusammen mit Nichtchristen!) zu den brennenden Problemen unserer Welt — und da vor allem wieder der sogenannten Dritten Welt und unserem Verhältnis zu dieser Welt der Entwicklungsländer —, müssen auch jene rund 700 Gruppen als ökumenisch vereinnahmt werden, die sich in erster Linie mit Aktionen und Forschungsarbeiten zur Entwicklungspolitik beschäftigen und die den Auswirkungen des Rassismus und Kolonialismus (eines „christlich-abendländischen“ Kolonialismus wohlgemerkt!) nachgegangen sind. Wer wollte ihnen verargen, daß sie sich mehr für die Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik oder deren schwarze Kollegen im südlichen Afrika interessieren als für Fragen der Apostolischen Sukzession? Das gehört für sie zum gelebten Evangelium wie für andere das Stundengebet. Es wäre ein erheblicher Fehler, an diesem ökumenischen Potential achtlos vorüberzugehen, was mitunter nur deswegen geschieht, weil sich diese (meist jungen) Leute anders geben als eine ältere Generation, weil sie eine andere Sprache sprechen und einen anderen Lebensstil versuchen. Der bundesweite Angola-Sonntag zum Beispiel, der eine Ausdeutung des Anti-Rassismusprogramms für die portugiesischen Kolonien und unser Verhältnis zu ihnen darstellt, ist weitgehend von diesen Gruppen durchgeführt worden. Sie sind es, die ihren Gemeinden oft bewußt machen, daß Einheit der Kirche und Einheit der Welt zusammengehören.

e) Eine weitere bedeutsame Richtung ökumenischer Gruppen vor Ort könnte man abgekürzt vielleicht „charismatische“ Gruppen nennen. All diesen Gruppen ist gemeinsam, daß sie die Kraft eines verbindlichen christlichen Lebens entdeckt haben, daß sie im In- oder Ausland mit charismatischen Gruppen zusammengetroffen sind, nicht selten mit Kommunitäten und Ökumenischen Lebenszentren. Damit meine ich etwa die „Jungen Bewegungen“, wie Siegfried Großmann sie 1970 und 1973 in Selbstdarstellung erfaßt hat². Von diesen Gruppen, Bewegungen, Kommunitäten gibt es rund 100 in der Bundesrepublik. Ihre Ausstrahlungskraft hat in den letzten Jahren nicht nachgelassen (damit erinnern sie etwa an Taizé, mit dessen Bruderschaft sich die meisten von ihnen auch verbunden fühlen würden!). Neuen Auftrieb — sofern sie ihn überhaupt brauchten — bekamen diese Gruppen durch die Jesus People, von denen sich einige ihnen angeschlossen haben. Sie pflegen einen erwecklichen Stil eigener Art ohne jede Verschrobenheit, meist aber auch ohne die Naivität, die verschiedene Großevangelisationsunternehmen charakterisiert. Schüler, Studenten, junge Akademiker dürften das Gros dieser keinesfalls introvertierten, sondern missionarisch und sozial tätigen Gruppen ausmachen. Ihre Zusammensetzung ist durchweg ökumenisch, keine ist auf den Raum nur einer Kirche begrenzt. Ihre Überschaubarkeit, das kreative, geistvolle Leben, das in vielen dieser Gruppen herrscht, macht sie attraktiv auch für kirchlich Entfremdete. Leider scheint die Politik aber auch für diese an sich weltoffenen Gruppen suspekt zu sein; Systemkritik ist irgendwie tabu (vielleicht scheint ihnen der dazu nötige Ansatz auch zu negativ oder von linken Studentengruppen okkupiert zu sein, wer weiß); für „Obrigkeiten“ wird nach wie vor gebetet, aber sie werden nicht hinterfragt; die Strukturen der Ungerechtigkeit scheinen zu komplex zu sein, als daß man ihnen zu Leibe rücken könnte. Es ist ähnlich wie bei den Pfingstlern Lateinamerikas oder den katholischen Charismatikern in den USA: sie besitzen ein großes Maß geistlicher Kraft und helfen vielen ihrer Mitmenschen zu einem erfüllten Leben, aber die politischen Strukturen, die die Versklavung ganzer Bevölkerungsgruppen zementieren, lassen sie unangetastet. Diese zutiefst apolitische Haltung garantiert ihnen die Gunst aller Regierenden — in der „Welt“ wie in der Kirche.

4. Eine Form ökumenischer Zusammenarbeit, die es leider erst auf dem Papier gibt, ist die von dem ökumenischen Arbeitskreis der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend (AEJ) und des Bundes der katholischen Jugend (BDKJ) propagierte „Ökumenische Gemeinde“. Sie wurde auf dem Kirchentag in Düsseldorf zum ersten Mal vorgestellt und erläutert³. Ein solche „ökumenische

² „Christsein '70. Junge Bewegungen berichten“ und „Christsein '73“, beide Rolf Kühne-Verlag, Kassel.

³ Veröffentlicht im „Informationsdienst des BDKJ“, 11—12/73 vom 15. 6. 1973.

Gemeinde“ würde den Zusammenschluß zweier oder mehrerer evangelischer und katholischer (und freikirchlicher) Nachbargemeinden darstellen, einen Zusammenschluß, der über das hinausgeht, was ich unter Abschnitt 1 bis 3 als Formen der Zusammenarbeit der „Basisökumene“ beschrieben habe. In diesem Entwurf wird „Gemeinde“ verstanden „im Sinne der Begegnung und des lebendigen Vollzugs und zugleich als verfaßte Kirche am Ort“ (1.2); „ökumenisch“ im Sinne der angegebenen Gemeinschaft zweier oder mehrerer Kirchen verschiedener Tradition. Wichtig ist die theologische Basis: „Ökumenische Gemeinde kann nur gedacht und gelebt werden unter der Voraussetzung, daß den darin zusammenlebenden Kirchen die Mitte des Glaubens gemeinsam ist: der Glaube an den Dreifaltigen Gott, an die Heilstat Gottes in Jesus Christus und die Hoffnung auf die endgültige Vollendung der Welt in ihm. Gemeinsam sein muß auch das Bewußtsein von der Bestimmung der Kirche: zu Verkündigung, Gottesdienst und Dienst für alle Menschen.“ (1.4) Schon dieser kurze Absatz macht deutlich, daß hier nicht ökumenische Bilderstürmer am Werk sind, sondern junge Menschen, die sich der Basis kirchlicher Arbeit überhaupt und der Grundlage bisher im ÖRK geübter Zusammenarbeit verpflichtet wissen. Sie sehen die „ökumenische Gemeinde“ als „Ausdruck der grundlegenden Einheit der Kirche, die in Jesus Christus vorgegeben ist“, wissen aber auch darum, daß sie ein „unvollständiges, vorläufiges Gebilde bleibt“ (1.5). Dennoch ist diese Gemeinde „ein Mittel“ für die Kirchen, „sich gegenseitig kennen und verstehen zu lernen, Vorurteile und Mißverständnisse abzubauen, aufzudecken, wo nichttheologische Faktoren und Differenzen in Randfragen allzu großes Gewicht haben, und das Anderssein der getrennten Kirchen als Frage und Herausforderung an die eigene Kirche aufzunehmen“ (1.5).

Gemeinsamkeit im Handeln wird als Normalfall angesehen. „Wo im Einzelfall kein gemeinsames Vorgehen möglich ist, muß jeweils ausdrücklich festgestellt und begründet werden. Dabei ergibt es sich, daß bisher in den Gemeinden der einzelnen Kirchen vorgesehene Gremien in gemeinsame Organe integriert werden bzw. einen Teil ihrer Kompetenzen abgeben“ (2.1). Mit anderen Worten: auch in der „ökumenischen Gemeinde“ werden die vorhandenen Kirchengemeinden nicht einfach fusioniert, sondern bei höchstmöglicher Gemeinsamkeit bleibt eine Eigenständigkeit der bisherigen Gemeinden erhalten. Der Ansatz ist also wirklich und wahrhaftig nicht revolutionär, sondern entspricht den gegebenen Realitäten ebenso wie dem berechtigten Wunsch nach einem sichtbaren Vorankommen der ökumenischen Bewegung am Ort!

Entsprechend werden Wortgottesdienste, Bußfeiern, Tauffeiern gemeinsam veranstaltet, während man das Abendmahl/die Eucharistie vorläufig getrennt feiert. Für den gesamten Bereich der „Verkündigung“ mit Bibelabenden, Wochenendrüstzeiten, Religionsunterricht, Jugend- und Erwachsenenbildung, für

das soziale und politische Engagement sollen gemeinsame Konzeptionen erarbeitet werden. Die Leitung soll durch ein Team wahrgenommen werden, das aus dem Kirchenvorstand (auf evangelischer Seite) und dem Pfarrgemeinderat (auf katholischer Seite) unter Beteiligung der Pfarrer gebildet wird. Die Anstellung der hauptamtlichen Mitarbeiter soll gemeinsam beraten werden, Anstellungsträger sollte eine der beteiligten Kirchen sein. Überflüssig zu betonen, daß selbstverständlich auch Hausbesuche, Kontaktarbeit, Mitarbeiterschulung und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam abgestimmt und betrieben werden sollen.

Zu schön um wahr zu sein, wird sich mancher gestandene Ökumeniker beim Lesen dieses Entwurfs sagen. Und in der Tat hat nicht einmal dieser überaus gemäßigte und realistische Entwurf Chancen, in absehbarer Zeit zur Erprobung an ein paar Stellen unseres Landes freigegeben zu werden. Zu ablehnend sind die ersten Stimmen, die man zu Ohren bekommt. Ein katholischer Kirchenrechtler hat das Unternehmen bereits „rechtlich derzeit unmöglich und sachlich schwer praktikabel“ genannt. Das Kirchenrecht scheint die schwersten Hindernisse für die ökumenische Arbeit überhaupt zu bieten (auch an anderen Stellen — z. B. in einer angestrebten Änderung des Übertrittsverfahrens von einer Kirche zur anderen — ist das schon bewußt geworden). Wirksame Bekehrungen zueinander und miteinander zur Welt werden so noch lange vereitelt werden.

Auch ist in diesem Zusammenhang bereits vor dem Entstehen einer „Dritten Konfession“ gewarnt worden, die gefürchtet wird wie die „Fünfte Kolonne“. Nicht alle Gemeindeglieder würden den Schritt zur ökumenischen Gemeinde mitvollziehen, heißt es. Aber, so ist man versucht zurückzufragen, vollziehen denn alle alles mit, was heute in der eigenen Kirche geschieht? Da setzen sich die einen für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus ein, die anderen bestreiten Bekenntnistage unter dem Wort, während sich die berühmt-berüchtigte „schweigende Mehrheit“ dadurch auszeichnet, daß sie sich an rein gar nichts mehr beteiligt, was in der Kirche vor sich geht. Das ist doch eine viel größere „Dritte Konfession“ als alles, was im Zusammenhang mit ökumenischen Experimenten entstehen könnte! Außerdem wage ich schlichtweg zu bezweifeln, ob die Verwirklichung einer „ökumenischen Gemeinde“ spalterische Tendenzen haben würde. Am Rande würde vielleicht einiges abbröckeln, aber diese „Reste“ könnten sich in unserer mobilen Gesellschaft vermutlich leicht zu den in der Nachbarschaft sicher weiterbestehenden Konfessionsfamilien schlagen. Ganz ohne Zweifel müßten selbstverständlich besonders die ersten Orte, an denen das Modell „ökumenische Gemeinde“ erprobt werden sollte, sehr sorgfältig ausgewählt werden. Am ehesten kämen vielleicht Neubaugebiete in Frage, wo Satellitenstädte vom Reißbrett her entstehen, wo es also keine festgefügte Tradition möglicherweise verfeindeter Kirchengemeinden oder ihrer Amtsträger gibt. Natürlich kämen auch überschaubare Orte in Frage, an denen sich seit Jahren eine

gute ökumenische Zusammenarbeit ergeben hat und wo nach sorgfältiger Information und Abstimmung mit allen Beteiligten eine „ökumenische Gemeinde“ versucht werden könnte. Es müßte doch merkwürdig zugehen, wenn man in der Bundesrepublik nicht zwei oder drei Orte fände, an denen man ein solches Experiment einmal über 10 oder 15 Jahre laufen lassen könnte. Das gemeinsame Zeugnis, die gemeinsamen Erfahrungen, die man hier machen würde, wären alle Anstrengungen, zu einem solchen Projekt zu kommen, wert!

Basisökumene — zentrale Fragen

Was bedeutet es eigentlich für die ökumenische Bewegung, wenn sie nur von einer Minderheit der „Kerngemeinde“, die ihrerseits auf evangelischer Seite etwa 5 % und auf katholischer Seite etwa 15 % der Kirchenglieder ausmacht, bewußt aufgenommen und weitergeführt wird? Gewiß — die Menge macht es nicht, es kommt auf den Grad des Einsatzes an, zwei oder drei aktive Christen können selbst in einer Großstadtgemeinde von 10 000 „Seelen“ schon einiges ausrichten, aber müssen uns diese Zahlen nicht doch noch viel nüchterner und bescheidener machen in unseren Ansprüchen an den Fortschritt der ökumenischen Bewegung? Es muß uns doch auch für die Möglichkeiten der Basisökumene zu denken geben, wenn Ursula Boos-Nünning im Anschluß an eine Anfang letzten Jahres unter Katholiken im Ruhrgebiet durchgeführte Untersuchung zu dem Schluß kommt: „Man muß von der Tatsache ausgehen, daß Religion und Kirche zur Privatsache geworden sind und damit an gesellschaftlicher Relevanz verloren haben⁴.“ Und wenn sie fortfährt: „Die Mitgliedschaft in der soziokulturellen Gruppe der Pfarrei, die pfarrliche Kommunikation und Interaktion (haben) für den einzelnen Katholiken wenig Bedeutung. Das Interesse an Information und der Wunsch nach einer Bindung fehlen“ (a.a.O. S. 368). Oder: „Die Pfarrei, welche die Kirche . . . als Glaubens-, Kult- und Liebesgemeinschaft an einem konkreten Ort Ereignis werden läßt, hat für das Bewußtsein der meisten Katholiken der untersuchten Stadt offenbar wenig Bedeutung“ (S. 366).

Man dürfte nicht völlig fehlgehen in der Annahme, daß diese Aussagen auch auf evangelische Gemeinden und ihre Glieder anwendbar sind. Wir werden auch von daher mit der volksskirchlichen Illusion endgültig brechen müssen — auch in unseren ökumenischen Konzeptionen, wo diese Vorstellungen doch immer noch eine gewisse Rolle spielen. Oder wie sollte man sonst auf diesen Abschnitt aus der genannten Untersuchung reagieren: „Wird der Glaube daran gemessen, wie die Kirche ihn erwartet und wie er im Katechismus dargestellt wird, dann ist ein großer Teil der Katholiken nicht gläubig. Denn für etwa zwei Drittel hat der Gottesdienst seinen verpflichtenden Charakter verloren,

⁴ „Religiosität an der Ruhr“, Herder Korrespondenz, Nr. 7, Juli 1973, S. 362 ff.

grundlegende Sätze der christlichen Lehre, wie die Auferstehung vom Tode mit Leib und Seele, werden von etwa ebensovielen nicht geglaubt. Ein großer Teil der Katholiken nimmt weder an der öffentlichen Praxis in der von der Kirche geforderten Form teil, noch identifiziert er sich ohne weiteres mit dem christlichen Glauben in der bisher tradierten Form. Außerdem werden ethische Vorstellungen, wie die Kirche sie vertritt, vor allem in der Ehe- und Sexualmoral, nicht akzeptiert“ (S. 366).

Wenn man einmal unterstellt, diese Untersuchung sei verifizierbar, was bedeuten die hier kundwerdenden Trends dann für die Fragen nach der Erfüllung der Sonntagspflicht jener katholischen Ökumeniker, die an einem evangelischen oder einem ökumenischen Gottesdienst teilgenommen haben, für die Fragen der Offenen Kommunion und der Interkommunion und all die anderen kontroversen Fragen? Gewiß werden Glaubensaussagen nicht unwahr dadurch, daß Menschen sie nicht mehr nachvollziehen, aber werden sie in ihrem Gültigkeitsanspruch nicht doch stark relativiert, zumal wenn sie theologisch ohnehin kontrovers sind? Mit anderen Worten: wäre ein großzügigeres Eingehen auf ökumenische Initiativen und Experimente, die von der „Kern“- (oder „Rest“-) Gemeinde getragen werden, nicht eigentlich das Gebot der Stunde?

Hinzu kommt als Hindernis für die Basisökumene, daß ja auch die meisten Glieder der „Kerngemeinde“ mit sich und ihren Familien selbst genug zu tun haben. Es gibt wenige gemeinschaftsfähige Ehepaare und Familien, die Zeit, Kraft, langen Atem, Humor und Hoffnung genug haben, ökumenische Projekte über einen längeren Zeitraum hinweg durchzutragen. Das gilt genauso für das Engagement in Bürgerinitiativen, Dritte-Welt-Gruppen u. ä. Wir bleiben also bei einer Grunderfahrung, die gleichzeitig auch ein Grundproblem der ökumenischen Bewegung ist — auch im Blick auf die Basisökumene — hängen: ohne den entscheidungsvollen Einsatz einzelner Christen wird in Kirche und Ökumene keine Sache wirksam vorangetrieben! Und weil uns hier die Laien, die Freiwilligen, die Nebenamtlichen fehlen, bleiben viel zu viele Dinge bei denen anhängig, die ihr Geld bei der Kirche verdienen. Darum ist die Basisökumene oft gerade nur so weit vorangetrieben, wie der oder die jeweiligen Pfarrer, Pastoren, Priester, Patres und Prediger am Ort ökumenisch interessiert und engagiert sind. Meist aber kommt das Stichwort „Ökumene“ in den Prioritätenlisten (soweit es die überhaupt gibt) der Amtsträger wie der Synoden und Kirchenleitungen erst an 7., 9. oder 20. Stelle vor.

Nach den oben erwähnten Untersuchungen des Limburger Kreises über die „Ökumene in der Gemeinde“ muß man überdies annehmen, daß die Ökumenebereitschaft der Pfarrer mit zunehmendem Alter und wachsender Dienstzeit abnimmt, daß sie darüber hinaus auf dem Lande und in traditionsgeprägten Gemeinden geringer ist. Es scheint also dringend nötig zu sein, hier bei den

Hauptamtlichen ständig über gelungene ökumenische Modelle zu berichten, ökumenische Belange in die Weiter- und Fortbildung aufzunehmen, noch mehr gemeinsame Pfarrkonvente anzustreben, wo regelmäßig gemeinsam Exegese und Predigtvorbereitung betrieben wird u. ä. mehr. Nur so wird man sich wahrscheinlich auch in ethischen und politischen Fragen näherkommen, in denen man noch weiter voneinander entfernt ist als in theologischen Fragen!

Die Kirchen — wiederum vor allem die volksgemeinnützlich geprägten — werden die angebrochenen Krisenzeiten nur bei wesentlich intensiverer Gemeinschaft und grundlegender Erneuerung durchstehen können. Dabei kann es auf keinen Fall darum gehen, große Zahlen oder bedeutenden Einfluß in die Zukunft hinüberzuretten — das wird sowieso nicht glücken! —, sondern es geht einzig darum, die Sache Jesu Christi heute und morgen angemessen zur Sprache zu bringen, ihre Intentionen zum „Heil“ und „Wohl“ der Menschen zu verwirklichen. Dazu wird es nötig sein, die emanzipatorischen Bestrebungen in den Kirchen, zu denen, wie schon eingangs gesagt, an erster Stelle die ökumenischen Impulse zu rechnen sind, nicht mit restriktiven Maßnahmen zu unterdrücken, sondern sie mit Einsicht, Phantasie und Zuversicht zu fördern. Wenn auf Grund eines statischen, weil an philosophischen Voraussetzungen der Vergangenheit orientierten Wahrheitsverständnisses, auf Grund von Angst vor möglicherweise unkontrollierbaren Entwicklungen und aus Rücksicht auf die angeblich „Schwachen“, die in Wirklichkeit selbstsichere Konservative sind, Experimente wie das einer „ökumenischen Gemeinde“, einer „offenen Kommunion“ u. ä. gar nicht erst gestartet werden dürfen, dann kann man auch für die Basisökumene nur noch auf Wunder hoffen. Allen an der Basis wie in den höheren Rängen kirchlicher Hierarchie ökumenisch Engagierten aber kann man wahrscheinlich nur raten: Tut um Himmels willen etwas Mutiges!